

Dr. Werner Mussler

# Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft im Wandel

Von Rom nach Maastricht



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einführung</b>	<b>13</b>
<b>2.</b>	<b>Das Konzept der Wirtschaftsverfassung</b>	<b>16</b>
2.1	Dimensionen des Begriffs	16
2.1.1	Begriffsvielfalt und Begriffsverwirrung	16
2.1.2	Annäherungen an den Begriff	17
2.1.3	Deskriptive und funktionale Interpretation von Wirtschaftsverfassung	20
2.2	Das Wirtschaftsverfassungskonzept der Freiburger Schule	21
2.2.1	Die grundlegenden Anliegen	21
2.2.2	Der historische Kontext	23
2.2.3	Wirtschaftsverfassung als rechtliche Normierung von Marktwirtschaft und Privatrechtsgesellschaft	26
2.3	Funktionseigenschaften marktwirtschaftlicher Systeme	35
2.3.1	Privatautonomie, Selbstkoordination und Selbstkontrolle	35
2.3.2	Anforderungen an das Regelsystem	37
2.3.3	Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik	39
2.4	Das Sozialmodell der Privatrechtsgesellschaft	42
2.4.1	Privatautonomie und rechtliche Gleichordnung	42
2.4.2	Das Prinzip funktionaler Differenzierung: Zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft	44
2.4.3	Zur Justitiabilität von Rechtsregeln	46
2.5	Wirtschaftsverfassung im Spiegel der Rechtswissenschaft	48
2.5.1	Wirtschaftsverfassung als Verfassungsrecht	48
2.5.2	Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes	51
2.6	Wirtschaftsverfassung und Wohlfahrtsstaat	53
2.6.1	„Überwundene“ Trennung von Staat und Gesellschaft?	53
2.6.2	Fehlinterpretationen der Funktionsweise marktwirtschaftlicher Systeme	54
2.7	Ausgangspunkte einer Analyse real existierender Wirtschaftsverfassungen	55
<b>3.</b>	<b>Wirtschaftsverfassung und europäische Integration</b>	<b>58</b>
3.1	Wirtschaftsverfassung, internationale Transaktionen und Integration	58
3.1.1	Das Wirtschaftsverfassungskonzept im Kontext internationaler Transaktionen	58
3.1.2	Integrations-theoretische Implikationen	60

3.2	Territorialität des Rechts	64
3.2.1	Territorialität des Rechts als Hindernis für internationale Transaktionen	64
3.2.2	Probleme der Unterschiedlichkeit nationaler Privatrechtssysteme	65
3.2.3	Probleme der Wahrnehmung nationalstaatlicher Souveränitätsbefugnisse mit protektionistischer Wirkung	66
3.2.4	Institutionelle Optionen bei der Überwindung der Territorialität des Rechts: Abstrakte Funktionserfordernisse	66
3.3	Der Wettbewerb von Rechtssystemen als integrationspolitische Option	68
3.3.1	Grundstrukturen des Systemwettbewerbs	68
3.3.2	Systemwettbewerb als Entdeckungs- und Kontrollverfahren	70
3.3.3	Grenzen des Systemwettbewerbs	72
3.3.4	Eine „Wettbewerbsordnung“ für den Wettbewerb der Rechtssysteme	74
3.4	Das Alternativkonzept: Harmonisierung	76
3.5	Konkrete institutionelle Optionen zur Überwindung der Territorialität des Rechts	77
3.5.1	Zur Bewältigung der Unterschiedlichkeit nationaler Privatrechtssysteme	77
3.5.1.1	Angleichung nationaler Privatrechtssysteme	77
3.5.1.2	Internationales Privatrecht	79
3.5.1.3	Privatautonome Rechtsfindung	79
3.5.2	Die Bewältigung von nationalstaatlichem Protektionismus: Zur Notwendigkeit einer "internationalen Wirtschaftsverfassung"	81
3.6	Funktionale Differenzierung im Integrationskontext: Zur Wirtschaftsverfassung in Europa	84
3.7	Integration durch Wettbewerb als integrationspolitisches Leitbild	88
4.	<b>Die Wirtschaftsverfassung des EWG-Vertrages</b>	91
4.1	Von der Montanunion zur Europäischen Union	91
4.2	Die Inhalte des EWG-Vertrags: Ein Überblick	94
4.2.1	Europäische Wirtschaftsverfassung im deskriptiven Sinne: Die Rechtsquellen	94
4.2.2	Ziele und Mittel der europäischen Integration im EWG-Vertrag	95
4.2.3	Der EWG-Vertrag als institutionelles Gerüst für den Gemeinsamen Markt	96
4.3	Der Kern des EWG-Vertrags: Die Grundfreiheiten	97
4.3.1	Der EWG-Vertrag als System von Freiheits- und Gleichheitsrechten	97
4.3.2	Zollunion und Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen: Die Begrenzung mitgliedstaatlicher Regelungskompetenz	98
4.3.3	Die Grundfreiheiten als konstitutionalisierte Freiheitsrechte	99

4.3.4	Die Grundfreiheiten als integrationspolitischer Schrittmacher	100
4.3.4.1	Vom Diskriminierungsverbot zum Beschränkungsverbot	100
4.3.4.2	Vom Bestimmungsland-zum Ursprungslandprinzip	103
4.3.4.3	Das weitere integrationspolitische Potential der Grundfreiheiten	105
4.4	Die Wettbewerbsregeln	106
4.4.1	Das System unverfälschten Wettbewerbs	106
4.4.2	Die Wettbewerbsregeln zur Verhinderung privater Wettbewerbsbeschränkungen	107
4.4.2.1	Das Kartellverbot	107
4.4.2.2	Das Verbot des Mißbrauchs marktbeherrschender Stellungen	108
4.4.3	Wettbewerbsregeln zur Verhinderung mitgliedstaatlicher Wettbewerbsbeschränkungen	108
4.4.3.1	Das Beihilfenverbot	108
4.4.3.2	Die Wettbewerbsvorschriften für öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten	110
4.4.4	Die integrationspolitische Bedeutung der Wettbewerbsregeln	111
4.4.5	Die unzureichende wettbewerbsrechtliche Bindung der Gemeinschaftsorgane	112
4.5	Das Integrationskonzept des EWG-Vertrages	113
4.5.1	Der EWG-Vertrag als Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft	113
4.5.2	Die Elemente funktionaler Differenzierung im EWG-Vertrag	115
4.5.2.1	Das funktionale Legitimationskonzept: Limitierte Einzelermächtigung	115
4.5.2.2	Universal gültige Regeln und dezentrale Rechtsanwendung: Vorrang des Gemeinschaftsrechts und unmittelbare Anwendbarkeit	116
4.5.3	Die Rolle des Gerichtshofs und der Kommission: „Wahrer des Rechts“ und „Hüterin der Verträge“	118
4.5.4	"Ordnungspolitische Neutralität" des EWG-Vertrags?	119
4.5.5	Ergebnis: Der EWG-Vertrag als Grundlage für Integration durch Wettbewerb	119
4.6	Die Ausnahmen: Elemente von Integration durch Intervention	121
4.6.1	Ergebnisorientierte Integrationsziele	121
4.6.2	Der EGKS-Vertrag und die Gemeinsame Agrarpolitik	121
4.6.3	Die Außenwirtschaftspolitik der Gemeinschaft: Zwischen Marktöffnung und Protektionismus	123

<b>5.</b>	<b>Von den Römischen Verträgen zur Einheitlichen Europäischen Akte: Die Veränderungen der Wirtschaftsverfassung</b>	<b>125</b>
5.1	Die postkonstitutionelle Phase der europäischen Integration: Zentralisierungs- und Re-Regulierungstendenzen	125
5.2	Erklärungen: Die Interessen der Akteure	127
5.2.1	Zur politischen Ökonomie der Zentralisierung	127
5.2.2	Die zentralisierungsfreundliche Rechtsprechung des Gerichtshofs	128
5.2.3	Die Kommission: Hüterin der Verträge oder politische Behörde?	130
5.2.4	Die Zentralisierungsinteressen der Mitgliedstaaten	131
5.3.	Der wiederverhandelte Vertrag nach der Einheitlichen Europäischen Akte	133
5.4	Integration (vor allem) durch Wettbewerb: Die Vollendung des Binnenmarktes	135
5.4.1	Binnenmarkt, Regulierungswettbewerb und Harmonisierung	135
5.4.2	Der "neue Ansatz" der Kommission	137
5.4.3	Die Binnenmarktbestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte	138
5.4.4	Der Binnenmarkt als Rechtfertigung für Harmonisierung?	140
5.4.5	Der Binnenmarkt zwischen Wettbewerbsorientierung und unangemessener Harmonisierung	146
5.5	Integration durch Intervention I: Forschung und technologische Entwicklung	147
5.5.1	Die Institutionalisierung von gemeinschaftlicher Industriepolitik im EWG-Vertrag	147
5.5.2	Unterschiedliche industriepolitische Ansätze	147
5.5.3	Die Industriepolitik der Gemeinschaft vor der EEA	150
5.5.4	Das erkennbare technologiepolitische Konzept der Gemeinschaft	153
5.5.5	Erste Ergebnisse der technologiepolitischen Praxis	155
5.6	Integration durch Intervention II: Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt	159
5.6.1	Zum Begriff der Kohäsionspolitik und ihrer Institutionalisierung im EWG-Vertrag	159
5.6.2	Die Kohäsionspolitik der Gemeinschaft vor der EEA	160
5.6.3	Das erkennbare kohäsionspolitische Konzept der Gemeinschaft	161
5.6.4	Erste Ergebnisse der kohäsionspolitischen Praxis	162
5.7	Die geänderte Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft nach der EEA	164

<b>6.</b>	<b>„Maastricht“: Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union</b>	<b>166</b>
6.1	Die neuen Vertragsbestimmungen: Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten	166
6.2	Das erweiterte Netzwerk von Gemeinschaftskompetenzen	168
6.3	Der verfassungspolitische Schlußstein für interventionsorientierte Integration: Die neuen Bestimmungen zur Industriepolitik	169
6.3.1.	Zwischen „Gesundbeter“- und „Kassandra“- Interpretation	169
6.3.1.1	Die Zweideutigkeit des industriepolitischen Titels	169
6.3.1.2	Der Wortlaut der neuen industriepolitischen Vertragsbestimmungen	170
6.3.1.3	Die Vorgeschichte von Artikel 130 EGV	172
6.3.2	Artikel 130 EGV als allgemeine Ermächtigungsgrundlage für interventionsorientierte Integration	173
6.3.2.1	Die Verknüpfung von Industriepolitik mit anderen Politikbereichen	173
6.3.2.2	Industriepolitik und regionale Ausgewogenheit	175
6.3.2.3	Transeuropäische Netze und das „gemeinsame Interesse“	176
6.3.2.4	Das sozialpolitische Protokoll	178
6.3.3	Auswirkungen auf die Wettbewerbspolitik	179
6.3.4	Auswirkungen auf die Handelspolitik	181
6.3.5	Die erkennbare industriepolitische Praxis „nach Maastricht“	181
6.3.6	Der Stellenwert gemeinschaftlicher Industriepolitik nach Maastricht aus der Perspektive der Wirtschafts Verfassung	184
6.4	Das Subsidiaritätsprinzip: Wirksames Mittel gegen weitere Zentralisierung?	185
6.5	Auf dem Weg zur Gemeinschaft der Rentensucher: Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union	187
<b>7.</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>190</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>194</b>
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>225</b>